

AfD Sachsen: polarisierende Russland-Berichterstattung beenden

Dresden, 19. Juni 2016

Die AfD Sachsen hat die deutschen Medien aufgefordert, die polarisierende Russland-Berichterstattung zu beenden. „Wenn der STERN mit der Schlagzeile ‚Diese Drei-Tonnen-Kanone soll Putins Panzer knacken‘ eine Waffe vorstellt, normalisiert er damit einen Russlandkrieg“, ärgert sich Generalsekretär Uwe Wurlitzer. „Das ist nicht nur extrem vereinseitigend, sondern passt auch in die Berichterstattung zum Großmanöver ‚Anakonda 16‘. Der NATO werden a priori Stärke und Entschlossenheit mit dem Ziel der Abschreckung unterstellt, Russland dagegen ein undifferenziertes Bedrohungsszenario angedichtet.“

Dabei wird Russlands Präsident Putin nicht müde, beschwichtigende Worte an den Westen zu richten – die aber kein Gehör und auch kein Medienecho finden. Es gebe „keinen Grund, vor Russland Angst zu haben“, sagte Putin erst letzte Woche der italienischen Zeitung „Corriere della Sera“. Nur ein „kranker Mensch“ könne sich vorstellen, dass Russland aus dem Nichts Mitglieder der Nato angreife, erklärte Putin weiter. „Gerade in Deutschland wird mit solchen Ängsten spekuliert“, sagt Wurlitzer. „Aber auch die USA spielt mit derartigen Befürchtungen und baut Feindbilder auf, um damit einen Führungsanspruch in der Welt zu untermauern. Das ist angesichts der Weltlage grundfalsch.“

Für Rückfragen:

Dr. Thomas Hartung
stellv. Landesvorsitzender/Kommunikation
0178/5443426
thomas.hartung@afdsachsen.de

Der AfD-Landesverband Sachsen wurde am 28.04. 2013 gegründet und hat derzeit ca. 1100 Mitglieder. Landesvorsitzende ist die Leipziger Unternehmerin Dr. Frauke Petry (40). Die AfD fordert eine Neuordnung des Asyl- und Migrationsrechts mit sofortigem Stopp der unkontrollierten Einwanderung. Sie verlangt die geordnete Auflösung des Euro-Währungsgebiets mit einer Wiedereinführung nationaler Währungen bzw. kleinerer, stabilerer Währungsverbände, mehr direkte Demokratie, einheitliche Bildungsstandards sowie ein bezahlbares Energiekonzept. Außerdem tritt sie für neue Konzepte in der aktiven und passiven Steuerpolitik sowie der Altersvorsorge ein.